

Sozialberatung braucht Rechtsberatung

Das neue Rechtsdienstleistungsgesetz macht es der Sozialen Arbeit nur bedingt einfacher

■ Helga Oberloskamp

Vor einem Jahr ist das neue Rechtsdienstleistungsgesetz in Kraft getreten. Gegenüber dem alten Rechtsberatungsgesetz ist es in vielen Einzelfragen klarer; dennoch löst es manche Schwierigkeiten im Zusammenhang von Rechtsberatung und Sozialer Arbeit nicht oder nur unbefriedigend.

Studenten der Sozialen Arbeit (auch der Sozialarbeit oder Sozialpädagogik) haben nicht selten einen mehr oder weniger eingestanden Widerwillen gegen das Recht, das in ihrem Studium als Fach, Modul oder Modulteil vorkommt und auch Gegenstand von Prüfungen ist.

Angesprochen auf ihr Vermeidungsverhalten bringen sie dann häufig vor, dass sie künftig sowieso in Arbeitsfeldern tätig sein werden, in denen sie nie mit dem Recht zu tun haben. Befragt, welche Felder dies denn seien, nennen sie ohne zu zögern beispielsweise Einrichtungen der Offenen Tür, präventiver Jugendschutz, ambulante Altenarbeit, soziale Gruppenarbeit und zahlreiche andere. Wenn sie ihr Studium beendet haben und in diesen »Traumarbeitsfeldern« tätig sind, merken sie schnell, dass ihre Einschätzung wohl doch nicht zutreffend war.

In der Offenen Tür erkundigt sich beispielsweise ein 15-Jähriger, ob er etwas gegen die einschränkenden Erziehungsmaßnahmen seiner Eltern machen könne. Oder sie erfahren beiläufig, dass der minderjährige Besucher selber mit Drogen handelt, und sie überlegen, ob sie dies irgendjemandem mitteilen müssen. Bei den Vorträgen in Schulen und Jugendgruppen zu Drogen und Alkohol sind die Fragen nach der Strafbarkeit und den möglichen Sanktionen unausweichlich. Bei der Arbeit in Tageseinrichtungen für alte Menschen erkundigen sich die Betroffenen nach der Finanzierung von Pflege, dem Abfassen von Testamenten und Vorsorgevollmachten, Unterhaltspflichten der Enkelkinder oder für die Enkelkinder und ob sie »entmündigt werden«

können. Bei der sozialen Gruppenarbeit geht es um die Frage der Erstellung eines Hilfeplanes und die Kostentragung.

Diese einfachen berufspraktischen Feststellungen, die in der Vergangenheit immer wieder zu Grundsatzdiskussionen geführt haben, ob das Recht immanenter Bestandteil Sozialer Arbeit sei (und deswegen im Studium gelehrt werden müsse), dürften heute eigentlich keine Dispute mehr auslösen. Die neuere Fachliteratur (z. B. Katholische Stiftungsfachhochschule München [Hg.] 1999 [1]; H. Burghardt 2001 [2]; F. K. Barabas 2003 [3]; Brühl/Kessler u. a. 2005 [4]), die sich vorwiegend unter dem Gesichtspunkt »Beratung« mit dem Verhältnis Soziale Arbeit und Recht befasst, ebenso wie die neuen Master-Studiengänge (u. a. an der Fachhochschule Frankfurt am Main: Beratung und Sozialrecht; an der Fachhochschule Köln: Beratung und Vertretung im sozialen Recht) lassen keinen Zweifel daran, dass in einem so weitgehend verrechtlichten Sozialstaat wie die Bundesrepublik Deutschland eine Soziale Arbeit ohne Rechtskenntnisse schlicht nicht möglich ist.

Das Recht in der Sozialen Arbeit

Schon diese einfachen Beispiele machen deutlich, dass die Soziale Arbeit offenbar selbst in den Bereichen, die auf den ersten Blick eine rein pädagogische Arbeit zu betreffen scheinen, zumindest Berührungspunkte mit dem Recht hat.

Bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass das Recht zwei verschiedene Zielrichtungen haben kann: es kann den in der Sozialen Arbeit Tätigen betreffen (Recht der Sozial-Agenten = »Berufsrecht«), oder es kann sich auf das Leben der Nutzer sozialer Dienste beziehen (»Klientenrecht«). Letzteres kann wiederum zweierlei beinhalten: Der Agent stellt die Möglichkeiten des Handelns dar, der

Prof. Dr. Helga Oberloskamp lehrte bis zu ihrer Emeritierung im Jahre 2008 an der Fachhochschule Köln. E-Mail H.Oberloskamp@gmx.de

Klient bleibt jedoch selber »Herr« (oder Frau) des Rechts und wählt, was er für richtig hält (»Rechtsberatung«). Oder das Recht wird direkt auf ihn angewendet, ohne dass er selber hinsichtlich des Ob eine Wahl hätte (»Rechtsgebrauch« – das Wort »Rechtsanwendung«, das passender wäre, ist schon besetzt).

Dass der in der Sozialen Arbeit Tätige (= Sozial-Agent) wissen muss, wie er sich dem Klienten gegenüber zu verhalten hat, ob er Auskünfte über einen Klienten geben darf und ob er sogar andere Institutionen über etwas in Kenntnis setzen darf oder muss, welches Verhalten eine Haf-

tig Hauptgegenstand Sozialer Arbeit. Wo dagegen die Grenze für eine legale Rechtsberatung liegt, regelte 73 Jahre lang das Rechtsberatungsgesetz (RBerG), allerdings eher lückenhaft und inhaltlich nicht sehr zufrieden stellend.

Das Rechtsdienstleistungsgesetz

Seit 1. Juli 2008 ist die Stelle des Rechtsberatungsgesetzes das Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG) getreten, das in einer Reihe von Punkten deutlich klarer, aber auch nicht unbedingt befriedi-

dem Rechtsdienstleistungsgesetz ausmachen, die Konkretheit, die Fremdheit und die rechtliche Prüfung des Einzelfalls:

- Konkretheit bedeutet, dass es sich nicht um erfundene, sondern um reale Fälle handelt.
- Fremdheit liegt vor, wenn es nicht um einen eigenen Fall geht. Bei einem Auftreten für sich selber oder als gesetzlicher oder gewillkürter Vertreter handelt es sich nicht um fremde Fälle.
- Die Prüfung eines Einzelfalls ist gegeben, wenn – im juristischen Sinne – eine echte Subsumtion, also Gegenüberstellung von konkretem Sachverhalt und abstraktem Tatbestand mit dem Ziel der Herleitung einer konkreten Rechtsfolge, durchgeführt werden soll.

»Rechtsberatung ist als Nebenleistung erlaubt«

auslöst, wird dabei generell nicht nur akzeptiert, sondern geradezu erwartet. Da gegebenenfalls standes- (Verlust der Zulassung) oder gar berufsrechtliche Konsequenzen (Schadenersatz, Ordnungsmaßregel, Bestrafung) drohen, wird er sich auch selbstverständlich die nötigen Kenntnisse verschaffen. Sie zu haben, ist Teil seiner Fachlichkeit, so wie es Teil des ärztlichen oder anwaltlichen Wissens ist, Vergleichbares für sich zu behalten oder weiter zu geben.

Dass der Agent den Klienten aufgrund rechtlicher Verpflichtung in bestimmter Weise behandeln muss, weiß der Klient vorher oftmals nicht. Für den Agenten ergibt sich die Pflicht aus seiner Stellung und dem Gesetz oder einem Vertrag. So muss die Sozialarbeiterin oder der Sozialpädagoge beim Jugendamt das Kind in Obhut nehmen, eine gutachtliche Stellungnahme für das Familien- oder Jugendgericht abgeben, die Vormundschaft für das Kind einer minderjährigen ledigen Mutter führen. Der Sozialarbeiter bei der Caritas muss die Gefährdung eines Kindes einschätzen und gegebenenfalls das Familiengericht anrufen.

Ob der Agent den Klienten rechtlich beraten darf oder sogar muss, ist sowohl auf Seiten des Helfers als auch auf Seiten des Hilfeempfängers oftmals nicht bekannt. Dass er, wenn der Klient darum bittet, Lebensberatung anzubieten hat, ist selbstverständlich. Diese ist völlig unstreit-

gender ist. Das neue Gesetz ist jedenfalls nicht der erhoffte große Wurf, der sich dem Recht in anderen Staaten der Europäischen Union angleicht, sondern lediglich eine Umsetzung der in den letzten Jahren vom Bundesverfassungsgericht und vom Bundesgerichtshof erlassenen Rechtsprechung.

1. Eindeutig ist das neue Rechtsdienstleistungsgesetz, was die Gegenstände der Regelung betrifft. Nach dem alten Rechtsberatungsgesetz war der soziale Bereich überhaupt nicht vom Gesetzgeber als Objekt von Beratung gedacht. Er musste durch eine Analogie zur wirtschaftlichen Betätigung erschlossen werden. Das Rechtsdienstleistungsgesetz dagegen spricht ihn in verschiedenen Vorschriften an (§ 8 I Nr. 5; § 10 I Nr. 2).

2. Im alten Rechtsberatungsgesetz ging es um geschäftsmäßige Beratung und außergerichtliche Vertretung (die gerichtliche Vertretung war in den einschlägigen Verfahrensgesetzen geregelt). Das Rechtsdienstleistungsgesetz splittet nicht in Beratung und Vertretung auf, sondern wählt den einheitlichen Begriff der »Dienstleistung im Recht«: »Rechtsdienstleistung ist jede Tätigkeit in konkreten fremden Angelegenheiten, sobald sie eine rechtliche Prüfung des Einzelfalls erfordert.« (§ 2 I RDG) Es sind somit drei Kriterien, die Rechtsdienstleistung nach

3. Eine solche Rechtsdienstleistung dürfen auch Sozial-Agenten so lange erbringen, als sie nicht Hauptleistung ist. Eine Rechtsdienstleistung als Hauptleistung dürfen nur Volljuristen anbieten, die obendrein von der örtlichen Rechtsanwaltskammer zugelassen sein müssen. Die einschlägige Bestimmung lautet wörtlich:

»Erlaubt sind Rechtsdienstleistungen im Zusammenhang mit einer anderen Tätigkeit, wenn sie als Nebenleistung zum Berufs- oder Tätigkeitsbild gehören. Ob eine Nebenleistung vorliegt, ist nach ihrem Inhalt, Umfang und sachlichen Zusammenhang mit der Haupttätigkeit unter Berücksichtigung der Rechtskenntnisse zu beurteilen, die für die Haupttätigkeit erforderlich sind ...« (§ 5 I RDG)

Damit sind Rechtsdienstleistungen praktisch allen Berufsgruppen als Nebenleistung erlaubt. Zu beachten ist dabei allerdings, dass die Rechtsberatung von ihrer Bedeutung her nicht im Mittelpunkt des Leistungsangebotes stehen darf. Außerdem muss sie zum jeweiligen Berufsbild gehören.

Nach dem alten Rechtsberatungsgesetz war Voraussetzung, um als Nichtanwalt rechtlich beraten zu dürfen, dass die berufliche Haupttätigkeit ohne die Rechtsdienstleistung nicht sachgerecht erledigt werden konnte. Nun reicht es aus, dass die Rechtsdienstleistung eine zum Berufs- oder Tätigkeitsbild gehörige Nebenleistung darstellt. Ob dies der Fall ist, beurteilt sich nach folgenden Kriterien:

- nach ihrem Inhalt
- nach ihrem Umfang

- nach ihrem sachlichem Zusammenhang mit der Haupttätigkeit und
- unter Beachtung der notwendigen Rechtskenntnisse.

4. Wenn es sich im Sinne des bisher Dargestellten um eine Rechtsdienstleistung handelt, dann ist sie Rechtsanwältin vorbehalten, es sei denn,

- sie ist registriert (§ 10–13 RDG) oder
- sie gehört zu den nicht registrierungspflichtigen Tätigkeiten (§§ 6–8 RDG).

Die Registrierungspflicht erstreckt sich auf bestimmte ausdrücklich genannte Tätigkeiten (Inkassodienstleistung, Rentenberatung, Rechtsberatung auf der Basis ausländischen Rechts), die abschließend aufgezählt sind und für die eine besondere Sachkunde nachgewiesen werden muss. Bei allen anderen als den drei genannten Gebieten ist keine Registrierung möglich.

Nicht registrierungspflichtig sind Personen, die Tätigkeiten im Sinne der §§ 10–13 RDG ausüben. Es sind dies

- Personen, die unentgeltliche Rechtsdienstleistungen im nahen sozialen Umfeld erbringen (wenn entfernteres Umfeld, dann Rechtsanwalt, Person mit Befähigung zum Richteramt oder registrierte Person »im Hintergrund« erforderlich), § 6 RDG
- Berufs- und Interessenvereinigungen, Genossenschaften für ihre Mitglieder, § 7 RDG
- öffentliche und öffentlich anerkannte Stellen, § 8 RDG.

Das Rechtsdienstleistungsgesetz und die Soziale Arbeit

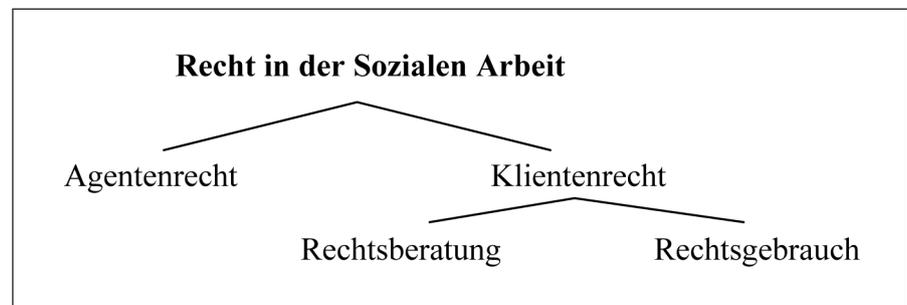
Sozialarbeiter können in einer Behörde, bei einem freien Träger oder sogar freiberuflich tätig sein. Sie sind primär dazu da, soziale Probleme der Bürger zu beheben oder zumindest zu lindern. Dies geschieht – wie schon dargestellt – in großem Umfang durch Beratung.

Nehmen wir an, eine Mutter kommt in eine Erziehungsberatungsstelle und klagt darüber, dass sie mit der Erziehung ihres 13jährigen Sohnes völlig überfordert sei. Dieser schwänze die Schule, mache keine Hausaufgaben, komme nachts nicht nach Hause und betrinke sich immer wieder in seiner Clique. Ermahnungen und Gespräche seine fruchtlos.

Solange der Sozialarbeiter nun schlichte Lebensberatung betreibt, indem er mit der Mutter ein Gespräch führt, was man pädagogisch machen könne, um das Verhalten des Sohnes zu ändern, erhebt in Deutschland (in anderen Ländern ist auch dieses anders) niemand Einwendungen. Sobald aber eine Rechtsfrage auftaucht, beispielsweise ob man für den Sohn eine erzieherische Hilfe (HzE) beantragen kann, ob die Mutter das ohne ihren Mann machen kann, ob man – wenn der Mann sich weigert zusammen mit der Frau einen Antrag zu stellen – diesem das Sorgerecht einschränken kann, ob für die Hilfe zur Erziehung zu bezahlen ist, erhebt sich die Frage nach der Erlaubtheit der Beratung.

mär die gesellschaftliche Kraft, die vor der Behörde tätig sein durfte. Und wenn die Behörde rechtsberatend tätig werden durfte, dann durfte es der freie Träger sowieso, ansonsten war die Subsidiarität sinnlos.

Nach neuem Recht stellt sich als erstes die Frage, ob es sich überhaupt um eine Rechtsdienstleistung handelt. Mit einer solchen haben wir es gemäß § 2 I RDG zu tun, wenn die Tätigkeit des Sozialarbeiters eine konkrete fremde Angelegenheit betrifft, die eine rechtliche Prüfung des Einzelfalls erfordert. Um konkrete fremde Angelegenheiten handelt es sich bei allen aufgeworfenen Fragen zweifelsfrei. Sie erfordern auch, um mit Ja oder Nein beantwortet werden zu können, eine Sub-



Das Recht in der Sozialen Arbeit kann neben den Klienten auch die Profis selbst betreffen (»Agentenrecht«).

Arbeitet der Sozialarbeiter bei einer Behörde, beispielsweise dem Jugendamt, so durfte er nach dem alten Rechtsberatungsgesetz und darf nach dem neuen Rechtsdienstleistungsgesetz (§ 8 I Nr.2) »im Rahmen ihres Aufgaben- und Zuständigkeitsbereichs« Rechtsdienstleistungen erbringen. Was er studiert hat und ob er qualifiziert ist oder nicht, spielt keine Rolle. Die Behörde übernimmt die Verantwortung für die Rechtsberatung.

Arbeitet er bei einem freien Träger, beispielsweise der Arbeiterwohlfahrt, dann stellt sich die Frage, ob er eine Rechtsdienstleistung erbringen darf. Im alten Recht suchte man vergeblich nach »Freien Trägern der Wohlfahrtspflege«. Man musste juristische Klimmzüge machen, um zu einer Antwort zu kommen. Dass der Sozialarbeiter hier nicht sollte beraten dürfen, war nicht einzusehen. Im alten Recht half schließlich – jedenfalls in der Jugendhilfe und in der Sozialhilfe – der Grundsatz der Subsidiarität. Wenn die Behörde hier Rechtsberatung machen durfte, dann musste es der freie Träger auch dürfen; denn eigentlich war er pri-

sumtion unter die einschlägigen Normen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Aber wenn es eine Rechtsdienstleistung ist, ist sie dem Sozialarbeiter eigentlich verboten. Jedoch könnte § 5 I RDG helfen, der bestimmt, dass Rechtsdienstleistungen erlaubt sind, die (nur) im Zusammenhang mit einer anderen beruflichen Tätigkeit, der Haupttätigkeit, erbracht werden und die eine zum Berufsbild gehörige Nebenleistung darstellen. Die Hauptleistung wäre hier die Erziehungsberatung, die Anhangsleistung die Klärung der aufgeworfenen Rechtsfragen. Der Mutter geht es ja darum, ihren Sohn halbwegs erfolgreich zu erziehen. Die Rechtsfragen haben nur die dienende Funktion, das Erziehungsziel zu erreichen. Die Mutter ist nicht zur Erziehungsberatungsstelle gegangen, um die Rechtsfragen zu klären. Es handelt sich daher um eine erlaubte Nebenleistung.

Sollte man jedoch, in einem anderen Fall, zu dem Ergebnis kommen, dass es sich um keine zulässige Anhangsleistung handelt, dann könnte möglicherweise § 6

I RDG die Leistung als Hauptleistung trotzdem zulässig zu machen. Nach dieser Vorschrift sind unentgeltliche Rechtsdienstleistungen erlaubt. Wenn es sich allerdings um solche handelt, die nicht Personen enger persönlicher Beziehungen erbracht werden, so muss der Rechtsdienstleister eine Person mit Erlaubnis zur entgeltlichen Erbringung von Rechtsdienstleistungen oder mit Befähigung zum Richteramt sein oder »unter Anleitung einer solchen Person stehen«. Zu prüfen wäre in diesem Fall, ob die Leistungserbringung durch einen freien Träger unentgeltlich erfolgt. Ob dies so ist, wird sich aus der Satzung des Trägers ergeben, möglicherweise in Verbindung mit der Leistungsfähigkeit des Klienten. Die weitere Frage wäre, ob die vom Gesetz geforderte persönliche Nähe des Leistenden gegeben wäre. Das könnte sein, wenn der beim freien Träger Handelnde mit der Mutter des Kindes verwandt, verschwägert oder befreundet wäre.

Ergibt sich auch aus diesem Tatbestand keine Erlaubtheit der Rechtsberatung, so kommt schließlich noch § 8 I Nr. 5 RDG als Rechtsgrundlage in Betracht. Ihm zufolge dürfen anerkannte Träger der freien Jugendhilfe im Sinn des § 75 SGB VIII im Rahmen ihres Aufgaben- und Zuständigkeitsbereichs Rechtsdienstleistungen erbringen, allerdings mit derselben Einschränkung, die für unentgeltliche Rechtsdienstleistungen gilt. Das würde für eine kleine Erziehungsberatungsstelle bedeuten, dass sie einen vermutlich zu bezahlenden Rechtsanwalt oder einen ehrenamtlich tätigen (pensionierten) Richter, höheren Verwaltungsbeamten, Hochschullehrer, Staatsanwalt oder ähnliches haben muss, der die zu gebenden Antworten vorher überprüft.

Die Anerkennung gemäß § 75 SGB VIII zu bekommen, ist einfach und hängt nicht davon ab, dass einschlägige Rechtskenntnisse nachgewiesen werden. Natürlich braucht auch keine Behörde, die aufgrund der Nr. 1 derselben Vorschrift erlaubt Rechtsdienstleistungen erbringen darf, eine Kontrolle über sich ergehen zu lassen. Aber eine Behörde, Teil einer Kommune, ist eine andere Institution als ein freier Träger. Nicht nur, dass sie bei einer Haftung in anderer Weise einzustehen hat. Sie hat auch, wenn schon nicht immer ein Rechtsamt, so zumindest einen hauptamtlichen Juristen, der konsultiert werden kann.

Schließlich lasse ich den Berater noch einen freiberuflich tätigen Sozialarbeiter sein, der seine Haupteinnahmen beispielsweise durch Supervision erzielt, aber auch gegen Bezahlung Erziehungsberatung macht. Inwieweit die §§ 2, 5, 6 RDG eingreifen, lasse ich offen. Greifen sie nicht ein, kann er die gestellten Fragen legal nicht beantworten, egal, welche hervorragenden Rechtskenntnisse er besitzt. Jedenfalls kann er sich nicht gemäß § 10 RDG registrieren lassen, gleichgültig, ob er ein Diplom-, Bachelor- oder Masterstudium der Sozialen Arbeit oder der »Beratung und Vertretung im sozialen Recht« absolviert hat.

Zusammenfassung

Die für die zahlreichen Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit einschlägigen Gesetze enthalten zahllose Vorschriften, die die Berücksichtigung rechtlicher Aspekte vorschreiben. Eine Sozialberatung ohne Rechtsberatung ist daher keine fachlichen Standards entsprechende Beratung. Inwieweit diese Rechtsberatung allerdings zulässig ist, ergibt sich aus dem neuen Rechtsdienstleistungsgesetz. Dieses schränkt die Befugnis zur Rechtsberatung für freie Träger und freiberuflich tätige Sozial-Agenten weiterhin ein.

Anmerkungen

- (1) Recht und Soziale Arbeit. Diskurse – Verhältnisse – Visionen. Festschrift zum 65. Geburtstag von Professor Simon Hundmeyer, Kronach/München u. a.
- (2) Recht und Soziale Arbeit. Grundlagen für eine rechtsgebundene sozialpädagogische Fachlichkeit, Weinheim & München.
- (3) Beratungsrecht. Ein Leitfaden für Beratung, Therapie und Krisenintervention, 2. Aufl., Frankfurt am Main.
- (4) Handbuch Sozialrechtsberatung, Baden-Baden. ♦



Selbstständige in der Sozialen Arbeit

Grundlagen und Projekte

Herausgegeben von Dr. Anne Klüser und Prof. Dr. Hugo Maier

2009, 263 S., brosch., 44,- €, ISBN 978-3-8329-4111-6

(Edition Sozialwirtschaft, Bd. 26)

In vielen Feldern Sozialer Arbeit sind Selbstständige inzwischen etabliert und zu einer festen Größe avanciert. Sie setzen neue Standards, fordern die traditionellen Wohlfahrtsverbände heraus und bringen so Bewegung in die Soziale Arbeit.

In diesem Buch werden Selbstständige in der Sozialen Arbeit erstmals als eine eigenständige, wenn auch heterogene Berufsgruppe hervorgehoben. Ein weiterer Teil des Werks widmet sich den Grundlagen der Entwicklung zu mehr Selbstständigkeit in der Sozialen Arbeit, der Rechtslage in der Europäischen Union, den nationalen rechtlichen und organisatorischen Bedingungen sowie der Aufarbeitung der neueren Phänomene in einem sozialarbeitswissenschaftlichen Reflexionsrahmen.



Nomos

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter ► www.nomos-shop.de